

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	62. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	1. Juli 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

23.

Punkt 21 der Tagesordnung: Gesplittete Abwassergebühr - Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger

Antrag der Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz, der Stadträte Tilman Pfannkuch, Dr. Klaus Heilgeist, Dr. Albert Käuflein und Sven Maier (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 8. Mai 2014

Vorlage: 2014/0609

Beschluss:

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende setzt um 18:45 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 21 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Die Diskussion ist etwas abgeflaut, aber es ist noch einmal sehr heftig über diese gesplittete Abwassergebühr diskutiert worden - was ganz natürlich ist -, im Zusammenhang mit der erforderlichen Erfassung, die jetzt für Grundstücke unter 1.000 m² Grundfläche nachgeführt wurde.

Unser Antrag hat zunächst einmal das Ziel, dass wir das monetäre Ergebnis dieser zusätzlichen Erfassung miteinander diskutieren. Ich nehme vorweg, in der Antwort der Verwaltung ist es angekündigt. Das ist auch gut so. Denn klar ist - dass da kein Missverständnis entsteht -, über die Frage der Gebührenerhebung und der Aufsplittung zwischen Niederschlagswasser und Abwässer gibt es bei der CDU keine Diskussion. Das wird mitgetragen. Nun wissen Sie alle, dass ursprünglich einmal nur angedacht war, Grundstücke über 1.000 m² in diese Erfassung zu nehmen. Die Rechtsprechung, wie sie manchmal überraschend ist, hat uns jetzt geboten, alle Grundstücke aus Gründen der Gerechtigkeit einzubeziehen. Dass das aber Gebührenerhebungseffekte hat, erscheint uns klar. Selbst wenn man das - wie wir überzeugt sind - statistisch berechnen

könnte, ist es jetzt ein Idealzustand, dass wir in ein paar Monaten die genauen Zahlen bekommen werden.

Wir wissen auch, dass Aufkommenserhöhungen innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen werden müssen nach dem Kommunalabgabengesetz. Wir haben jetzt hier eine Ausnahmesituation. Da müssen wir die Bürgerinnen und Bürger auch mitnehmen. Die wurden jetzt belastet mit Erfassungen, mit Erhebungen, die sollen Antworten geben und haben dann, wenn sie so weit gekommen sind im Internet, auch errechnet, dass sie in vielen Fällen höhere Abwassergebühren werden zahlen müssen. In manchen Fällen vielleicht nicht, aber in vielen Fällen - das kann man sicherlich jetzt schon sagen - werden erhöhte Gebühren herauskommen.

Weil wir diesen Sondereffekt haben, finde ich es jetzt auch für meine Fraktion sehr gut, dass wir noch in diesem Jahr eine genaue Kalkulation der Gebührensätze vorgelegt bekommen werden, als Vorgriff auf die Haushaltsberatung. Das ist das Gute an der Geschichte. Wir danken für diese Ankündigung.

Man muss eines berücksichtigen. Warum wir darauf jetzt so Wert legen, ist die Tatsache, dass Abwassergebühren insgesamt - einschließlich der Niederschlagswassergebühren - Teil der zweiten Miete sind, die unsere Mieter in der Stadt bezahlen müssen. Wenn wir über bezahlbaren Wohnraum reden, dann gehört auch der Nebenkostenbereich dazu. Es ist heute auch wieder in einem kleinen Artikel in den BNN angemerkt worden, dass diese Nebenkosten ständig steigen. Wir als Stadt sollten - wenn möglich - nicht auch noch dazu beitragen.

Wir fordern auf, dass das so gemacht wird. Ich hoffe, dass wir weiterhin - löblich, wie die Verwaltung uns das immer vormacht - sparsam mit diesem Gebührenhaushalt umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Ich habe mir verzweifelt überlegt, was eigentlich der Sinn des Antrags ist. Aber so ganz habe ich es nicht kapiert; auch aus der Rede jetzt nicht so wirklich entnehmen können. Denn in der Antwort der Verwaltung steht, das wäre alles gemacht worden. Wir wussten es lange vorher, dass die Gebühren neu berechnet werden, wenn feststeht, wie viel nach welchem System abgerechnet wird. An der absoluten Höhe, also an der Summe der Einnahmen, ändert sich nichts durch das neue System. Es ändert sich nur an der Verteilung etwas, dass die einen mehr und die anderen weniger bezahlen müssen. Es wird sich exakt ausgleichen. Es kommen keine zusätzlichen Kosten auf uns alle zu, außer für die einmalige Umstellung. Aber das war relativ wenig. Das war auch nicht der Punkt.

Ich weiß nicht, was da jetzt eigentlich beantragt wurde. Für die Haushaltsberatungen ist das Ganze nicht relevant, da wir im Haushalt nur das genehmigen, was ohnehin nötig ist für die Abwasserreinigung, was gemacht werden muss. Insofern können wir auch nicht sagen: Wir machen jetzt weniger, damit wir die Leute weniger belasten. Wir wollen sowieso nur das machen, was unbedingt nötig ist. Auch dafür braucht man es nicht wirklich.

Es wird Änderungen geben für diejenigen, die Gebühren zahlen. Aber es wird gerechter dadurch. Das ist doch gut so.

(Beifall bei den Grünen)

Stadträtin Baitinger (SPD): Ich kann mich nahtlos dem Kollegen Honné von den Grünen anschließen. Auch mir ist weder des langen Schreibens dunkler Sinn, noch gar der Rede dunkler Sinn aufgegangen. Denn letztlich wurde nur gesagt, dass die Verwaltung die Gesetze einhält. Dies halte ich allerdings für eine Selbstverständlichkeit. Die Gesetze sind eigentlich in diesem Hause auch hinreichend bekannt: Bei den Gebühren die Aufkommensneutralität, der Ausgleich innerhalb von fünf Jahren und bei dem speziellen Fall der gesplitteten Abwassergebühr die Umverteilung, nicht die Kostenerhöhung.

Natürlich wäre es denkbar, dass im Wahlkampf in aufgeregten Sitzungen hier Gerüchte aufkamen, und die CDU die löbliche Aufgabe übernommen hat, via Antrag diese Gerüchte zu zerstreuen, da ein beantworteter Antrag natürlich mehr Autorität ausstrahlt, als das Argument eines Gemeinderats. Insofern sind wir dankbar, dass diese Sache vom Tisch ist und wir überall mit der Antwort der Stadtverwaltung sagen können: Keine Panik. Nur wer versiegelte Vorgärten, versiegelte Hinterhöfe hat, der muss mit mehr Kosten rechnen. Vielleicht wäre es an dieser Stelle allerdings günstig, wenn wir bei der Beratung den Menschen nahelegen würden zu entsiegeln, damit sie dort mehr Grünfläche, mehr Versickerungsfläche haben. Dann können sie Kosten senken.

Schlussendlich noch ein Dank an die Verwaltung. Mir ist von Vielen zu Ohren gekommen, dass ihre ersten Bescheide nicht gestimmt haben, also die Bilder mit versiegelten und unversiegelten Flächen. Alle haben aber bestätigt, dass es sehr unbürokratisch ging, diese Fehler zu korrigieren. Ich muss sagen, mein Bescheid war richtig. Ich hatte überhaupt nichts auszusetzen. Insofern fand ich auch das Verfahren ganz unbürokratisch und unproblematisch.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Dr. Fischer (KAL): Ich könnte mich jetzt den Worten meiner 20-jährigen Kollegin, meiner 20 Jahre im Gemeinderat seienden Kollegin anschließen.

(Heiterkeit)

- Ich wollte besonders charmant sein.

Aber ich habe noch einen anderen Aspekt. Es fiel eben das Lob für die zuständige Behörde, das Tiefbauamt, das diese Sache relativ unbürokratisch gestaltet. Ich will dieses Lob noch ein bisschen erweitern und einmal das Pferd von der anderen Seite aus aufzäumen.

Wir reden hier über gesplittete Abwassergebühr. Das klingt so, als würde irgendjemand irgendwo sagen: Du muss jetzt zahlen für dein Abwasser, als Strafe, dass du etwas machst.

In Wirklichkeit ist es aber so - das muss man ganz deutlich herausstellen: Die Gebühr ist praktisch der Preis dafür, dass wir so eine hervorragend funktionierende Abwasser-, Schmutzwasser- und Niederschlagswasserentsorgung in Karlsruhe haben. Wenn ich das sage, dann sage ich das auch aus einem Vergleich mit anderen Städten. Unser Kanalnetz ist natürlich nicht hervorragend, aber es ist in einem vergleichsweise hervorragenden Zustand. Wir haben ein Klärwerk, das Maßstäbe setzt. Wir haben gerade letztes Jahr eine sehr teure Maßnahme, die uns Brüssel aufs Auge drückt, nach vorne gebracht. Das kostet Geld. Das wird über diese Gebühr - diesen Preis, möchte ich es lieber nennen - refinanziert. Trotzdem sind wir in Karlsruhe immer noch - im Vergleich zu anderen Städten - ein sehr günstiger Anbieter von Abwasser- und Niederschlagswasserentsorgung.

Das war mein Problem, das ich mit dem Antrag hatte. Denn wenn man den Antrag so liest, könnte man meinen, die CDU ließe den Gedanken zu, die Stadt hätte irgendeine Wahlfreiheit, wie hoch sie diese Gebühr wählt. Diese Wahlfreiheit hat sie nicht. Es wird uns zu jedem Doppelhaushalt eine Gebührenkalkulation neu vorgelegt. Die kann nur die real existierenden Kosten abrechnen. Nicht mehr und nicht weniger. Dann kommt das Verteilungsproblem.

Mir war es nur wichtig, dass deutlich wird: Es darf nicht in der Öffentlichkeit der Eindruck zurückbleiben, irgendjemand in der Stadtverwaltung legt nach Nase und Gefühl irgendwelche Gebührensätze fest, sondern das wird streng kalkuliert, ganz egal, ob nach gesplitteter Abwasserberechnung oder nach dem alten System.

(Beifall bei der KAL)

Stadtrat Høyem (FDP): Wir Liberalen standen die ganze Zeit, von Anfang an, dieser gesplitteten Abwassergebühr skeptisch gegenüber. Es wurde nicht wegen des Umweltschutzes erfunden, sondern ist - so habe ich es verstanden - ursprünglich eine gigantische Konsequenz eines Rechtsurteils über streitende Nachbarn, von denen einer Neid hat, dass der andere weniger Abwassergebühr bezahlt hat.

Wir halten diese gigantische, teure und wachsende Bürokratie für unnötig. Aber bundesweit können wir unglaublich viele Beamtinnen und Beamte beschäftigen. Ob jemand am Ende dieses großen Aufwandes glücklicher wird, bezweifle ich.

Der CDU-Antrag dreht sich um finanzielle Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger. Das ist bestimmt ein wichtiger Aspekt. Wir wollten ursprünglich einen ganz anderen Antrag stellen. Aber wir nutzen jetzt diese Möglichkeit, unseren Unmut über die Bürgerrechte auszudrücken.

Die Verwaltung ist nicht die NSA, und ich bin nicht Mr. Snowden. Aber wie können wir sicher sein, dass dieses Bildmaterial nur für gesplittete Abwassergebühr benutzt wird?

Ich habe schon drei Beispiele gehört:

- Bürger können von der Zwangsbiotonne befreit werden, falls sie selber kompostieren. Jetzt kann man das tatsächlich kontrollieren.
- In bestimmten Gebieten und Zeiten ist Grillen oder Bewässerung nicht erlaubt. Jetzt kann man dieses tatsächlich kontrollieren.
- Wir haben eine unglaubliche Regel, dass ein Bürger nicht seinen eigenen Baum auf dem eigenen Grundstück fällen darf, falls der Baumumfang mehr als eine bestimmte Anzahl von Zentimetern beträgt. Jetzt kann man es tatsächlich kontrollieren.

Herr Oberbürgermeister, wie können wir für unsere Bürger sicherstellen, dass diese Bildinformationen nicht für andere Zwecke genutzt werden? Wie lange wird diese Dokumentation über jedes Karlsruher Grundstück eigentlich aufgehoben?

(Beifall bei der FDP)

Der Vorsitzende: Damit ist der Antrag als erledigt erklärt worden.

Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU): Aufgrund der Ausführungen wollte ich mich noch einmal melden.

Das Thema gesplittete Abwassergebühr hat uns natürlich intensiv beschäftigt hier im Rat. Auch die CDU hat sich für dieses gerechtere Modell ausgesprochen. Durchhaus, Herr Honné, sind der CDU die Rahmenbedingungen und Inhalte des Gebührenhaushalts bekannt. Das können Sie sich sicher vorstellen. Das war auch nicht der Grund, dass wir uns hier in irgendeiner Form von Ihnen vorführen lassen wollten, dass wir den Gebührenhaushalt nicht verstehen.

Unser Antrag hatte schon ein gewisses Ziel. Wir haben gesagt, die Berechnungsgrundlage hat sich dergestalt verändert. Daraufhin gibt die Vorlage auch keine konkrete Antwort. Wir können im Moment nicht erkennen, ob sich durch die Erweiterung für Grundstücke unter diesen 1.000 m², die jetzt aufgrund der Verwaltungsgerichtsentcheidung hinzugekommen sind, die Gebühren insgesamt für den Haushalt erhöht haben, so dass ein Gebührenüberschuss angesammelt wird, der dann in fünf Jahren eventuell verteilt werden müsste. Wir hatten überlegt, ob hier nicht ein Handlungsbedarf seitens der Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt besteht.

Das war der Antrag, weil wir von den Bürgerinnen und Bürgern gehört haben: Wir müssen viel mehr zahlen als früher. Aber ich kann es nicht plausibel nachvollziehen, dass auf der anderen Seite so viele Leute weniger bezahlen, dass insgesamt eine Nullsumme für die Verwaltung herauskommt. Das war die Zielrichtung des Antrags. Das ist die eine Baustelle.

Die zweite Baustelle ist das Thema Kommunikation. Da wäre meine Bitte, noch einmal mit den betroffenen Eigentümern zu sprechen, weil es für viele schon schwierig war, dieses Verfahren durchzuführen mit den entsprechenden Bögen. Ich habe auch bei manchen gehört, die haben es einfach nur draufgeschrieben und weggeschickt. Aber

die erwarten natürlich eine Reaktion. Da wäre mir einfach wichtig, dass man die Leute noch einmal mitnimmt. Der Herr Kollege Pfannkuch hat es so schön gesagt: Die Bürger wollen mitgenommen werden.

Es ging eigentlich um ein bisschen mehr Transparenz. Ist es wirklich so, dass mehr Gebühreneinnahmen erzielt werden, im Vergleich zum vorherigen Berechnungssystem? Wird ein Gebührenüberschuss erwirtschaftet innerhalb des Gebührenhaushaltes nach den Regeln des Kommunalabgabengesetzes?

(Beifall bei der CDU)

Der Vorsitzende: Ich bin jetzt ein bisschen ratlos, weil ich denke, dass wir das ausführlich dargestellt haben. Wir können aber gerne noch einmal darstellen, wie sich die Einnahmen in diesem Jahr entwickelt haben, verglichen mit den letzten Jahren. Vielleicht können wir dann zu einer gemeinsamen Interpretation dieser Angaben kommen. Vielleicht ist das ein vernünftiger Weg. Dann brauchen wir jetzt hier nicht länger herumz streiten.

In diesem Sinne wäre es dann erledigt. Das sehen Sie auch so.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheit -
25. August 2014